

14.12.2005
ORF.at

ÖVP attackiert SPÖ

Austria-Frost-Verkauf führt zu Politstreit

Die Übernahme des Austria-Frost-Werks durch die deutsche Frenzel-Gruppe führt zu einem Politstreit. ÖVP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner kritisiert, die SPÖ hätte die Übernahme-Verhandlungen massiv gefährdet.

Karner kritisiert Teilnahme an Demonstration

Karner attackiert den Partner der ÖVP in der Landesregierung scharf. In seinen Augen schaden SPÖ-Landesrat Emil Schabl und der Groß-Enzersdorfer Rainer Hübl (SPÖ) dem Standort des Austria Frost-Werks in Groß-Enzersdorf.

Karner kritisiert vor allem, dass Schabl an einer Demonstration für den Erhalt des Standorts teilgenommen hat. An der Demonstration nahmen unter anderem auch ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch und der nö. Landwirtschaftskammerpräsident Hermann Schultes teil.

Karner bezeichnet die dort getätigten Aussagen Schabls als unverantwortlich: "SPÖ-Landesrat Schabl hat demonstriert und hat irgendwelche Aussagen gemacht, das hier eine Pleitenholding und ähnliches gegründet werden soll. Damit hat er in der sensiblen Phase der Verhandlungen Arbeitsplätze gefährdet, den Standort gefährdet und einer ganzen Region geschadet. Das halte ich für unverantwortlich für ein Regierungsmitglied".

Bürgermeister-Unterschrift erst nach Intervention?

Der Groß-Enzersdorfer Bürgermeister sei erst nach Aufforderung durch den Landeshauptmann sowie durch die Polizei bereit gewesen, an den Verhandlungen teilzunehmen, um Ergebnisse für die Sicherung des Standortes zu unterschreiben, kritisiert Karner.

Schabl: "Einsatz hat sich gelohnt"

Aus Sicht Emil Schabls hat sich der Einsatz vieler Beteiligten um die Erhaltung des Austria Frost Werks gelohnt. Dass Beschäftigte, Landwirte, Gewerkschaft, Landwirtschaftskammer und er als Vertreter des Landes an der Demonstration teilnahmen, habe gezeigt, dass alle an einem Strang ziehen.

Gutes Krisenmanagement zeichne sich dadurch aus, dass man immer Worst-Case-Szenario entwerfe. Ein solches sei es, dass das Land Beteiligungsgesellschaften schaffe. Eine solche sei auch für künftige Fälle ein gute Lösung, sagt er in Anspielung auf die Attacken durch Karner.

"Schuldiger ist Bundesregierung"

Schabl weist die Kritik des ÖVP-Landesgeschäftsführers zurück. "Wenn die VPÖ einen Schuldigen für die kritische Situation sucht, soll sie sich an ihre Bundesregierung wenden". Diese habe mit ihrer Politik einen aktuellen Insolvenzrekord zu verantworten.

"Wir legen Wert auf die gemeinsame Arbeit mit den Menschen statt nur aus Parteizentralen zu schimpfen", sagt Schabl.

Link zum Online-Artikel:

<http://oesterreich.orf.at/noe/stories/76336/>